

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

Betr.: Bauen wieder möglich machen – EH40 sofort abwenden!

Die Wohnungswirtschaft in der Hansestadt wird bereits seit einiger Zeit von verschiedenen Herausforderungen, wie beispielsweise hohen Baustoffpreisen, rasch steigenden Zinsen und dem Fachkräftemangel, geplagt. Das Resultat ist für alle Bürgerinnen und Bürger jeden Tag deutlich sichtbar: die Aktivität der Bauwirtschaft hat sich deutlich verringert. Laut des Statistischen Bundesamtes wurde zwischen Januar und Juni bundesweit der Bau von 135.200 Wohnungen genehmigt, 27,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Auch Hamburg entzieht sich diesem Trend nicht. Hinzu kommen in der Hansestadt hausgemachte Probleme, wie die Entscheidung, bei städtischen Grundstücken fast ausschließlich auf Erbpacht zu setzen und die exorbitant langen Genehmigungszeiten bei Bauträgen (siehe Drs. 22/12219). So hat sich zum Beispiel die Verfahrensdauer für Anträge nach § 62 HBauO im Vergleich zu 2022 in Bergedorf fast verdoppelt und liegt zwischenzeitlich bei über 13 Monaten!

Während der rot-grüne Senat die Situation von Hamburgs Bauwirtschaft selbst als „angespannt und herausfordernd, aber überwindbar“ (siehe Drs. 22/12455) einschätzt, unterstützt der Senat auf Bundesebene unter anderem auch die ideologisch motivierte Einführung des KfW-Standard Effizienzhaus 40. Während laut einer aktuellen Umfrage des Ifo Instituts im Juli rund 40 Prozent der Bauunternehmen über einen Auftragsmangel klagten, möchte die Ampel in Berlin durch die Einführung eines noch stringenteren Standards das Bauen weiter verteuern und somit für Eigentümer und Mieter noch unattraktiver beziehungsweise unerreichbarer machen. Dabei sind die Effekte durch die Einführung von EH40 marginal: Laut einer Studie von ARGE Kiel/LCEE/Pestel Institut liegen diese bei einem Betrachtungszeitraum von 50 Jahren gerade einmal bei 22 Tonnen CO₂-Emission pro Quadratmeter im Vergleich zum GEG. Die Instandhaltungskosten pro Quadratmeter/Jahr steigen im Vergleich vom GEG zu EH40 jedoch von 39,7 Euro auf 58,8 Euro. Den hohen Kosten (+49 Prozent) steht ein geringer Nutzen (3 Prozent) gegenüber. In einer ohnehin schon angespannten Situation wie sie derzeit in der Wohnungswirtschaft vorliegt, kommt die Verschärfung zum absolut falschen Zeitpunkt. Selbst die erfolglose Bundesbauministerin Geywitz hält die Verschärfung für falsch. Hierzu sagte sie Ende August: „Die Rahmenbedingungen am Bau haben sich seit Anfang letzten Jahres massiv verändert“, Bauen werde immer teurer, gleichzeitig steige der Bedarf nach neuem Wohnraum. „Das muss zu einer Neubewertung der Lage führen. Ich halte in der aktuellen Situation die Verschärfung von Dämmstandards für falsch“. Dieser Analyse pflichtet der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bernhard Daldrup, bei: „Im Bausektor haben sich die Rahmenbedingungen nach Abschluss des Koalitionsvertrages so deutlich verschärft (...) Deshalb sollte ein neuer Baustandard in dieser Legislaturperiode nicht erfolgen“. Dieser Analyse folgt auch die CDU-Fraktion in Hamburg. Die Verschärfung hin zum KfW-Standard Effizienzhaus 40 muss durch die faktisch nicht wahrnehmbaren Vorteile nicht nur grundsätzlich überdacht werden, sondern darf unter keinen Umständen zum jetzigen Zeitpunkt erfolgen. Hier muss der Hamburger Senat auf Bundesebene umgehend aktiv werden, um ideologisierten Wohnungsbau zu stoppen!

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verschärfung des Gebäudeenergiegesetzes mit der Pflicht zum EH40 umgehend aufgehoben wird;
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.